



SCHWEIZERISCHE MISSION
BEI DEN
EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN

Rue d'Arlon 53 - Bte 9
B-1040 Brüssel

v e r t r a u l i c h

P.B. Nr. 3-vT/RK

Brüssel, 10. Juli 1989

Die Europäische Gemeinschaft Mitte 1989

Das erste Halbjahr 1989 wird sich in der Geschichte der europäischen Integration an eine nunmehr schon recht lange Reihe von Sechs-Monats-Perioden reihen, in denen die Fortschritte eindeutig überwogen.

Die **spanische Präsidentschaft** hat sich insgesamt als fähig, als dynamisch und auch als flexibel erwiesen. Das zeigte sich auf allen Ebenen der Ratsarbeit. Besonders hervorzuheben ist die aktive Rolle der spanischen Präsidentschaft in der **Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ)**. Die Spanier haben sich vor allem der Mittelostfrage angenommen und die Zwölf zu einer Haltung geführt, die der positiven Entwicklung innerhalb der PLO Rechnung trägt.

Der Erfolg des **Madriider Gipfels** ist sicher nicht zuletzt der geschickten Regie Ministerpräsident Gonzalez' zuzuschreiben, der die Zugehörigkeit Spaniens zur Gruppe der EG-Mitglieder, "die zählen", durch den früher als erwartet verwirklichten Beitritt zum EWS und den Einschluss der Peseta in die ECU-Definition unterstrich.

Die Spanier gaben sich auch grosse Mühe, die Gesetzesmühlen des Rats auf dem Gebiet des **Binnenmarkts** in schneller Drehung zu halten. Wenn man weniger die Zahl als die Bedeutung der Erlasse betrachtet, sind vielleicht nicht allzuvielen spektakuläre Durchbrüche zu verzeichnen. Immerhin erfolgte die Einigung über die zweite Bankenrichtlinie rascher als erwartet.



Die **neue EG-Kommission** ("Delors II") hat rasch Tritt gefasst. Sie konnte voll vom Prestige profitieren, das sich ihre Vorgängerin erworben hatte. Die Präsenz zweier Damen hat ihr Bild zweifellos verbessert. Generalsekretär David Williamson beschreibt den Start als "smooth". Die vier Liberalen unter den Vize-Präsidenten, Frans Andriessen, Martin Bangemann, Leon Brittan und Henning Christophersen, erweisen sich neben der Lokomotive Delors als wirksamer Zusatzmotor. Der Sprecher der Kommission, Claus-Dieter Ehlermann, weist auf das unablässig steigende Interesse der Medien an der Brüsseler Exekutive und ihrem Präsidenten hin. Nachrichten aus Brüssel werden immer häufiger ergänzt durch Leitartikel (frappantes Beispiel: "Wall Street Journal" am Tag nach Madrid). Jacques Delors ist mittlerweile Mitglied des exklusiven Clubs der Weltprominenz geworden.

Williamson bejaht die Frage, ob die Kommission nach dem Weggang Lord Cockfields' etwas **flexibler** geworden sei. Dies gilt z.B. für die neuen Vorschläge im Fiskalbereich (Frau Christiane Scri- vener). Cockfield hätte es nie zugelassen, dass die Konsensfähigkeit eines wichtigen Vorschlags **vor** dessen Verabschiedung in der Kommission durch Sondierungen bei den Mitgliedstaaten getestet wird, wie dies jetzt schon mehrfach geschehen ist. Von Pragmatik geprägt ist auch das Vorgehen Bangemanns in der schwierigen Frage der Abschaffung der Grenzkontrollen im Personenverkehr (Zusammenarbeit mit den nationalen Koordinatoren).

Die neuen Akzente auf **Umweltschutz** (Carlo Ripa di Meana) und **sozialer Dimension** (Frau Vasso Papandreou) haben zwar nicht überall eitel Freude ausgelöst, aber doch in der Öffentlichkeit das Bild einer dynamischen Kommission akkreditiert. Namentlich beim Umweltschutz zeichnet sich eine neuartige Koalition zwischen Kommission und Parlament ab, dank der es in günstigen Fällen möglich erscheint, die Widerstände im Rat auszumäandrieren (Beispiel: Abgasregelung für kleinzylindrige Automobile).

Das Dossier **Wirtschafts- und Währungsunion (WWU)** verdient besondere Erwähnung. Hier in Brüssel wird der Madrider Gipfel als Erfolg gewertet, dies vielleicht nicht einmal in erster Linie, weil das Ziel einer WWU bestätigt wurde, sondern weil die Einheit der Zwölf gewahrt blieb und unmittelbar nach der Vorlage des Delors-Berichts ein Prozess in Gang gesetzt wurde, der, so glauben meine Gesprächspartner, die ähnliche Situationen (Beispiel: Aushandlung der Einheitsakte) bereits erlebt haben, eine gewisse Eigendynamik entwickeln wird ("un engrenage"). Die Globalität des im genannten Bericht beschriebenen Prozesses wurde zwar in Madrid nicht bestätigt, und das Dokument als solches wird nicht die einzige und formelle Grundlage der weiteren Arbeiten sein. Aber um den "Delors-Plan" herum wird man kaum mehr kommen. Anders ausgedrückt: Dass Frau Thatcher andere Vorstellungen über den Inhalt der WWU zu haben

behauptet, wird nicht tragisch genommen. Auch in anderen Hauptstädten teilt man die Auffassung, dass noch verschiedene Punkte einer vertieften Abklärung bedürfen und dass alternative institutionelle Modelle ernsthaft diskutiert werden sollten. Delors glaubt allerdings aufgrund seiner Erfahrungen mit den zwölf Notenbankgouverneuren persönlich nicht, dass diese Suche viel Neues hervorbringen wird, etwa im Sinne einer "Währungsunion" ohne Zentralbank. Letztlich geht es um eine politische, nicht um eine technische Aufgabe. Kern ist der Wille, dass Europa währungspolitisch über den Stand einer de facto D-Mark-Zone hinauswächst. Die Madrider Beschlüsse mögen jetzt als ziemlich fragil und von unterschiedlichen, ja widersprüchlichen Auslegungen befleckt erscheinen. Im Rückblick könnte der 27. Juni 1988 indessen doch den Beginn des Aufbaus eines zentralen Elements einer über den Binnenmarkt über 1992 hinausreichenden Gemeinschaft darstellen. Während sich das "alte" Weissbuch gewissermassen von selber konsumiert, hat die interessierte Öffentlichkeit im Delors-Bericht ein neues Referenzwerk erhalten, das längerfristige Perspektiven eröffnet.

Trotz all dieser positiven Elemente weist das Bild **Schatten** auf. Griechenland, Irland und - einmal mehr - Italien stehen im Banne komplexer innenpolitischer Krisen. Von vielen Beobachtern wird allerdings die Schwächung der christlich-liberalen Regierungskoalition in der **Bundesrepublik** als für die Gemeinschaft potentiell viel problematischer empfunden. Wie stünde die EG da, wenn das wirtschaftlich und finanziell klar dominierende Mitglied von einer rosa-grünen Regierung auf neue, unerforschte Pfade gelenkt würde? Der Sprecher der Kommission, Ehlermann, meint, die Bundesregierung habe ihre beachtlichen europapolitischen Leistungen schlecht verkauft.

Die Wahlen für die Erneuerung des **Europäischen Parlaments** machten vor allem infolge der niedrigen Stimmbeteiligung Schlagzeilen. Die Wähler hatten bestimmt ein Gespür dafür, dass die Börse der politischen Macht heute noch nicht in Strassburg angesiedelt ist. Diese Einsicht dürfte das neu gewählte Parlament veranlassen, der institutionellen Reform - lies: der Zuweisung neuer und echter legislativer Kompetenzen an das Parlament - Priorität einzuräumen. Die Neuwahlen von 1994 sollen nicht eine Wiederholung von 1989 werden.

Ob neben Gleichgültigkeit in der öffentlichen Meinung der EG-Länder vermehrte Anzeichen eigentlicher EG-Feindlichkeit zu verspüren sind, ist umstritten. Die Stimmen, die in verschiedenen Mitgliedstaaten für grüne oder rechts-nationale Gruppierungen abgegeben worden sind, richten sich vermehrt auch direkt gegen die EG als solche, gegen die gemeinsame Agrarpolitik, gegen den Binnenmarkt 1992 oder, etwa im Falle der deutschen Republikaner, gegen die Währungsunion. (Deshalb will Bundeskanzler Kohl die

Regierungskonferenz zur Revision des Römervertrags 1990 erst nach den deutschen Wahlen beginnen lassen.) Dennoch bleibt natürlich auch das neue Europäische Parlament gekennzeichnet von einer erdrückenden sozialdemokratisch-christdemokratisch-liberalen de facto Koalition "für Europa". Allerdings dürfte das neue Parlament in stärkerem Masse Akzente in den Bereichen soziale Dimension und Europa der Bürger zu setzen versuchen.

Noch ein Wort zu den **Beziehungen zwischen der EG und den EFTA-Ländern**. Von Gipfel zu Gipfel erhalten diese Beziehungen einen prominenteren Platz in den Schlusserklärungen der zwölf Regierungschefs. Mit seiner Strassburger Rede vom 17. Januar 1989 markierte Delors den Beginn eines neuen Prozesses, der, nach der positiven Reaktion der EFTA- wie der EG-Länder, wohl zu einer neuartigen Form der multilateralen Assoziierung führen wird. Dennoch kann nicht behauptet werden, die Zwölf widmeten den Beziehungen zu ihren politisch stabilen und wirtschaftlich blühenden - und deshalb "problemlosen" - Nachbarn viel Aufmerksamkeit, harren doch EG-intern dringende Geschäfte der Entscheidungsfindung. Das könnte sich indessen rasch ändern; die EFTA-Länder und namentlich die Schweiz tun gut daran, sich auf eine viel intensivere und auch schwierigere Verhandlungsperiode vorzubereiten. Der Antrag **Oesterreichs** auf Mitgliedschaft in der EG scheint im Augenblick wenig Erfolgchancen zu haben, könnte indessen Anlass zu einer Ueberprüfung der EG-EFTA-Beziehungen im Sinne der Delor'schen Thesen sein.

Was die übrigen **Aussenbeziehungen** der EG anbelangt, so gelang es im ersten Halbjahr 1989, gute "working relations" mit der neuen amerikanischen Administration herzustellen: Besuche Bushs' in Brüssel, Delors' in Washington, Entschärfung des Hormon-Streits, Zwischenkompromiss über die Behandlung der Landwirtschaft in der Uruguay-Runde, usf. An potentiellm Konfliktstoff fehlt es indessen nicht. Relativ problemlos angelaufen ist der Aufbau der Beziehungen zu den Ostländern.

Am 1. Juli begann die **französische Präsidentschaft**. Paris hat selber dazu beigetragen, dass die Erwartungen in die Höhe geschraubt werden. Im währungspolitischen Bereich wird es weniger darum gehen, auf Gipfelebene in Strassburg Grundsatzbeschlüsse zu fassen, als einerseits die für die erste Phasen des Delors-Plans erforderlichen Beschlüsse - Schaffung zweier Reglemente über das Verfahren der wirtschafts- und währungspolitischen Koordination - zu fassen und andererseits die Vorbereitungen für die **Regierungskonferenz** einzuleiten, deren Einberufung Frankreich für die zweite Hälfte 1990, d.h. unmittelbar nach Inkrafttreten der vollen Liberalisierung des Kapitalverkehrs, provozieren will. Während die erste Aufgabe vom Rat der Wirtschafts- und Finanzminister ohne grössere Schwierigkeiten erfüllt werden dürfte, wird die

Vertragsrevision - hier dürften eher die Aussenminister zum Zug kommen - politisch sehr viel heikler sein. Frankreich wird vor allem darauf drängen, dass die Vorbereitungen nicht "akademisiert" oder verzettelt werden - mit dem Risiko zunehmender Spannungen innerhalb des geltenden Europäischen Währungssystems.

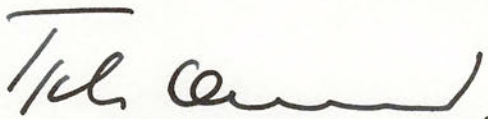
Einer Klärung harrt das Dossier der **indirekten Besteuerung** und namentlich dasjenige der Kapitalertragssteuern. Die EG-Quellensteuer ist tot; die Suche nach Lösungen geht nun eher in Richtung auf eine engere Zusammenarbeit der Behörden im Kampf gegen die Steuerflucht. Sicher wird Frankreich trotz des britischen Widerstands auch das Dossier der **"sozialen Dimension"** des Binnenmarkts "voranbringen wollen, wahrscheinlich in der Form einer feierlichen Erklärung über die sozialen Grundrechte.

Grosses Gewicht legt Frankreich schliesslich auf alles, was mit den **audiovisuellen Medien** und der Verteidigung des "Europa der Kultur" zu tun hat. Die Richtlinie über das "Fernsehen ohne Grenzen" harrt der definitiven Verabschiedung; die "Assises de l'audiovisuel" im September in Paris sollten neue Impulse bringen. Schliesslich dürfte Paris auch auf dem Gebiet der EG-Aussenbeziehungen und der ausserpolitischen Zusammenarbeit nicht hinter Madrid zurückbleiben wollen.

Dieser Ehrgeiz bezieht sich sicher auch auf die **Beziehungen zu den EFTA-Ländern**. Der Generalsekretär des EG-Rats, Niels Ersboell, bestätigt, dass Aussenminister Dumas die Kommission und die übrigen EG-Länder unter Druck setzen will, damit am EG-EFTA-Ministertreffen von Ende Jahr ein substantielles Ergebnis erzielt wird. Wie andere EG-Länder will Frankreich den aktuellen und potentiellen Beitrittskandidaten unter den EFTA-Ländern eine echte Alternative bieten. Dazu kommt, laut Ersboell, spezifisch für Frankreich das grosse Interesse an einer engeren Zusammenarbeit mit diesen hochentwickelten Nachbarn auf Gebieten wie Forschung und Entwicklung, audiovisuelle Medien und kulturelle Fragen.

Die EG steht somit vor einer äusserst interessanten Periode, in der sich nicht nur entscheiden wird, ob das Programm für 1992 realistisch ist, sondern auch, ob die EG die Energie aufbringt, über 1992 hinauszublicken.

Der Chef der schweizerischen Mission:



Benedikt von Tscharner